

Mehr Europa in der Energiepolitik

Beschluss des Bundesfachausschusses Europapolitik der CDU Deutschlands

unter der Leitung von Elmar Brok MdEP vom 1. März 2016

Eine sichere, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung ist Grundvoraussetzung für unsere heutige Art zu leben. Energie muss für alle Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen jederzeit verfügbar und erschwinglich sein und gleichzeitig Umwelt und Klima für zukünftige Generationen schonen. Deutschlands Antwort auf diese Herausforderung ist die Energiewende.

Europa und insbesondere Deutschland braucht eine funktionierende und leistungsfähige Wirtschaft. Die Energiepreise zählen zu den wichtigsten Standortfaktoren für Industrie und Wirtschaft im internationalen Wettbewerb. Eine wettbewerbsfähige Industrie schafft Arbeitsplätze und generiert Wachstum. Die Energiepreise in Europa, und insbesondere in Deutschland, zählen zu den höchsten der Welt.

53 Prozent der in Europa verbrauchten Energie stammt aus Importen. Nicht zuletzt die Krise in der Ukraine hat gezeigt, dass eine hohe Importabhängigkeit Risiken birgt.

Die Europäische Union ist auf einem guten Wege, die bis 2020 selbstgesteckten Ziele für die Treibhausgasreduktion, den Ausbau der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz zu erreichen. Bis 2030 haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU im Rahmen eines Kompromisses das Ziel gesetzt, die

Treibhausgasemissionen in Europa im Vergleich zu 1990 um mindestens 40 Prozent zu reduzieren, den Anteil der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch auf mindestens 27 Prozent zu steigern sowie die Energieeffizienz um 27 Prozent zu verbessern. 2020 sollen die Ziele überprüft und gegebenenfalls noch ehrgeiziger ausgestaltet werden.

Die Mitgliedstaaten bestimmen über ihren nationalen Energiemix, aber Europa trägt maßgeblich dazu bei, die Energieversorgung in Deutschland und Europa sicher, bezahlbar und nachhaltig zu gestalten. Mit den richtigen Weichenstellungen kann Europa noch sehr viel mehr als bisher dazu beitragen.

Die Europäische Kommission hat mit ihrer *„Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimapolitik“* ihre Vorstellungen für die künftige Ausrichtung der europäischen Energiepolitik festgelegt.

Vor diesem Hintergrund sind uns folgende Punkte wichtig:

- Die Diversifizierung der Energiequellen und Lieferrouten ist ein wichtiges strategisches Ziel der europäischen Energiepolitik. Die verstärkte Nutzung von eigenen Ressourcen, die Steigerung der Energieeffizienz sowie die Erschließung neuer Lieferquellen müssen dabei Hand in Hand gehen und Belange des Klima- und Umweltschutzes berücksichtigen. Zukünftige Entscheidungen der Mitgliedstaaten, die die nationalen Energiemixe maßgeblich betreffen, müssen im Lichte dieser Ausrichtung getroffen werden. Die Abstimmung der Mitgliedstaaten untereinander muss verbessert werden.
- Der Energiebinnenmarkt muss endlich vollendet werden. Wir fordern die vollständige Umsetzung der bestehenden Gesetzgebung und einen Abschied von regulierten Preisen, wo diese noch vorhanden sind. Der Netzausbau, insbesondere auch der Bau von Interkonnektoren (Verbindungen zwischen den nationalen Energienetzen), muss entschieden vorangetrieben werden, um den grenzüberschreitenden Ausgleich weiter zu stärken.
- Das bestehende Design des Strommarkts ist für die heutige Infrastruktur mit verstärkter Stromerzeugung durch erneuerbare Energien nicht gemacht. Wir fordern eine marktwirtschaftliche Reform des Strommarkts, der die einzelnen

Energieträger im Rahmen ihrer Möglichkeiten Verantwortung übernehmen lässt und den unterschiedlichen Umwandlungsformen unter Einbeziehung ihrer externen Kosten angemessene Profitmöglichkeiten bringt. Kapazitätsmärkte lehnen wir ab.

- Die Europäische Union ist eine Solidargemeinschaft und muss dies noch stärker für die Energieversorgungssicherheit beherzigen. Der grenzüberschreitende Austausch von Energie bekommt in Zeiten schwankender Einspeisung eine neue Relevanz. Den Energienetzen kommt dabei eine entscheidende Bedeutung zu. Wir setzen uns für den zügigen Ausbau der Projekte des gemeinsamen Interesses und der Nord-Süd-Verbindungen in Deutschland ein.
- Klimaschutz kann nur global erfolgreich sein. Wir unterstützen die klimapolitische Vorreiterrolle der Europäischen Union mit einem für die vierte Handelsperiode zu reformierenden Emissionshandel als Kerninstrument. Einen nationalen Klimaschutzwettbewerb innerhalb der EU lehnen wir ab. Der Gefahr der Verlagerung von CO₂-Emissionen ins Ausland ("Carbon leakage") muss weiterhin durch eine kostenfreie Zuteilung für die betroffene Industrie begegnet werden. Die europäische Vorreiterrolle im Klimaschutz ergibt auf Dauer nur Sinn, wenn es zu belastbaren Verpflichtungen der Weltgemeinschaft kommt.
- Wir fordern eine anreizbasierte Energieeffizienzpolitik, die den Mitgliedstaaten große Freiheiten lässt, wie sie die europäischen Ziele erreichen. Wir unterstützen das EU-Energielabel als hilfreiches Instrument zur Information für die Verbraucher. Wir setzen uns für eine maßvolle Umsetzung der Ökodesign-Richtlinie ein. Verbote und Drosselung von Geräten, wie Staubsauger, Herde und Backöfen, die in Privathaushalten nicht zum Dauerbetrieb bestimmt sind, lehnen wir ab.
- Wir wollen die Förderung der erneuerbaren Energien in den europäischen Binnenmarkt integrieren und setzen uns dafür ein, perspektivisch einen einheitlichen europäischen Rahmen für die Förderung der erneuerbaren Energien zu schaffen. Dabei fordern wir auch eine verstärkte Forschungs-

und Innovationsförderung über die europäischen Strukturfonds, Horizon 2020 und dem Europäischen Fonds für Strategische Investitionen. Förderschwerpunkte sollten neue Speichertechnologien, intelligente Netztechnik und Energieeffizienz sein.

- Energiepolitik ist immer auch Sicherheitspolitik, die heute nicht mehr allein national gestaltet werden kann. Dies müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten bei ihren Entscheidungen stets berücksichtigen. Die EU muss dafür auch ihre rechtlichen Möglichkeiten wie die Wettbewerbspolitik voll einbringen.